

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin, Eichborndamm 215-239, D-13437 Berlin

Geschäftsstelle Landesarmutskonferenz Berlin
im Diakonischen Werk Steglitz und Teltow-
Zehlendorf e.v.
Gruppe Wohnungslose Menschen
Herrn Michael Hoffmann
Hindenburgdamm 101
12203 Berlin

Dienstgebäude: Rathaus
Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin

Zimmer: 111

Telefon: (030) 90294-2250/ -2251

Fax: (030) 90294-4248

Internet: <http://www.berlin.de/ba-reinickendorf/>

Email: andreas.hoehne@reinickendorf.berlin.de

Berlin, *den 25.7.2011*

Ihr Schreiben vom 09.06.2011, eingegangen am 17.06.2011

Sehr geehrter Herr Hoffmann,

mit Interesse habe ich Ihre Ausführungen und die damit klar formulierten Positionen und Forderungen an die Politik zur Kenntnis genommen.

Ich kann Ihnen versichern, dass ich als Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales des Bezirksamtes Reinickendorf stetig bemüht bin, die Zusammenführung der handelnden Akteure aus den Bereichen der Verwaltung, der Politik und der lokalen Vereine und Unternehmen positiv zu unterstützen und zu fördern, um damit die Bedingungen in jeglicher Hinsicht für Einwohner des Bezirkes immer in kleinen Schritten zu verbessern.

Gerade im Bezug auf die Entwicklung des Berliner Wohnungsmarktes sehe auch ich dringenden Handlungsbedarf, bezahlbare Wohnungen zu erhalten.

Im Bezirk Reinickendorf werden die gesetzlichen Bestimmungen des Wohnungsbauförderungsgesetzes und des Wohnungsbindungsgesetzes immer bedarfs- und bestandgerecht geprüft und umgesetzt.

Aufgrund der bedenklichen Mietentwicklung wurde der Senat vom Abgeordnetenhaus aufgefordert, ein mittel- bis langfristiges Konzept für eine tragbare Mietentwicklung im sozialen Wohnungsbau sowie für den nicht preisgebundenen Wohnungsbau in Berlin vorzulegen.

Am 24.06.2011 wurde vom Abgeordnetenhaus das Wohnraumgesetz Berlin beschlossen. Ziel ist dabei, möglichst viele Belegungsbindungen im sozialen Wohnungsbau aufrecht zu erhalten und dauerhaft auch für einkommensschwache Menschen tragbare Mieten zu sichern.

Ich möchte dieses Schreiben auch dazu nutzen, erneut auf die Beantragung eines Wohnberechtigungsscheines hinzuweisen. Damit ist die erste Grundlage für einkommensschwache Haushalte gegeben, eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau zu beziehen.

Die Forderung der SPD nach einem Mieten-Airbag im Rahmen des Smart-Kiez-Programmes, welcher mit erforderlichen und sinnvollen energetischen Gebäudesanierungen Zusatzkosten für einkommensschwache Menschen auffangen oder mildern soll, ist ein erster Schritt, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten.

Ich nehme die in Ihrem Positionspapier ausgeführten Sachverhalte gerne als Anregungen auf und werde diese auch durch die in entsprechend fachbezogenen, berlinweiten Arbeitsgruppen vertretenen Fachbereichsleiter/Innen zur Diskussion stellen lassen.

Berlinweite Arbeitsgruppen und damit bezirksübergreifende Gremien, beschäftigen sich immer wieder mit der Anpassung und Weiterentwicklung von neuen, notwendigen Richtlinien, die verstärkt geänderten Sachverhalten gerecht werden und im Rahmen der Auslegung und Ausführung von Verwaltungsvorschriften entsprechend umgesetzt werden können.

Dazu gehört auch u.a. auch die Überarbeitung der AV Wohnen (Ausführungsvorschrift Wohnen), die Analyse der Wohnungsmarktentwicklungstendenzen und die Möglichkeiten zur Unterbringung wohnungsloser Menschen stets zu erweitern und zu verbessern.

Ich möchte Sie weiterhin ermuntern, Ihre Ziele und Forderungen für einkommensschwache Menschen zu formulieren und stets eine Anpassung und ein Überdenken des Bestehenden zu fordern.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Höhne